

Zürich, 4. November 2009

Verschiedene Vorwürfe und Behauptungen im Parkplatzstreit

Die IG Pelikan hat unlängst den Vorwurf erhoben, dass in der City und in den citynahen Gebieten 1006 Parkplätze illegal aufgehoben worden seien und dass diese nicht – wie im Verkehrsplan vorgeschrieben – in unterirdischen Parkhäusern kompensiert wurden. Anlässlich einer Pressekonferenz vom 28. Oktober 2009 hat der Stadtrat und die Verwaltung bestätigt, dass die Zählung der IG Pelikan korrekt sei, macht aber andere Gründe geltend, weshalb gleichwohl keine Parkplätze fehlen würden.

Wenn zwei Zählungen richtig sein sollen, die sich im Ergebnis dann aber doch um über 1000 Parkplätze unterscheiden, dann liegt definitiv ein Fall vor, der nach einer vertieften Abklärung ruft. Die IG Pelikan kann ihre Zahlen mit detaillierten schriftlichen Unterlagen belegen. Ihrer Berechnung kann eine gewisse Plausibilität nicht einfach zum Vornherein abgesprochen werden. Der Stadtrat hat an der besagten Pressekonferenz und im Bericht des Tiefbauamtes seine Zahlen erläutert.

Der seit kurzem im Ruhestand weilende Statthalter ist nach langen Abklärungen auch zum Schluss gekommen, dass die Zahlenbilanz der Stadt nicht – wie von ihr zu erwarten wäre – rechnerisch einfach nachvollziehbar und plausibel sei. Er appelliert in seinem Schreiben an den Gemeinderat, der für die Klärung zuständig sei.

Ferner steht der schwerwiegende Vorwurf im Raum, dass der Beschluss des Gemeinderates, genauer der Wortlaut des Historischen Parkplatzkompromisses, allenfalls von der Verwaltung eigenmächtig verändert worden sei. Dieser Vorwurf kann und darf nicht einfach stehen gelassen werden.

Es gehört zu den Grundaufgaben eines Parlamentes, Vorwürfen seitens der Bevölkerung an die Verwaltung, minuziös nachzugehen. Jeder in diesem Saal muss an einer restlosen Aufklärung sämtlicher Vorwürfe interessiert sein. Dies auch, um die Glaubwürdigkeit unseres politischen Systems gegenüber den Bürgern zu untermauern. Für Anschuldigungen, wie sie in diesem Falle vorliegen, wurde explizit das griffige Instrument einer parlamentarischen Untersuchungskommission PUK geschaffen.

Wenn der Stadtrat zuversichtlich ist, dass er und die Verwaltung richtig gezählt und korrekt gehandelt haben, müsste er aus eigenem Interesse an der Klärung und Ausräumung der Vorwürfe interessiert sein. Eine Weigerung könnte so ausgelegt werden, dass er seiner Sache nicht sicher ist und etwas vertuschen will. Dies aber dürfte den Behauptungen der IG Pelikan weiteren Vorschub leisten und deren Plausibilität – gerade in der Öffentlichkeit – noch erhöhen.

Weitere Auskünfte:

Gemeinderat Mauro Tuena, SVP-Fraktionschef (Tel. 079/ 414 55 51)